

An den
Kreis Borken
Untere Jagdbehörde
46325 Borken

Antrag auf Erteilung/Verlängerung eines Jagdscheines

Hiermit beantrage ich die Ausstellung/Verlängerung eines

- Ein-Jahresjagdscheines (35,00 €) Ein-Jahresfalkner-Jagdscheines (20,00 €)
- Zwei-Jahresjagdscheines (50,00 €) Zwei-Jahresfalkner-Jagdscheines (30,00 €)
- Drei-Jahresjagdscheines (65,00 €) Drei-Jahresfalkner-Jagdscheines (35,00 €)
- Jugendjagdscheines
- Tagesjagdscheines für die Zeit vom _____ bis _____ (gilt 14 Tage) (15,00 €)
- Ausländer-Jahresjagdscheines
- Ausländer-Tagesjagdscheines vom _____ bis _____ (gilt 14 Tage) (15,00 €)
- Ersatz/Zweitschrift eines Jagdscheines (30,00 €)

Familiennamen,
Vorname
(ggfls. Geburtsname)

Geburtsdatum, -ort

Hauptwohnsitz
(Ort, Straße)

Beruf

_____ Staatsangehörigkeit _____

Ich bin in folgenden Jagdbezirken als Eigentümer, Nießbraucher, Pächter oder aufgrund einer entgeltlichen Jagderlaubnis zur Jagd befugt:

Rechtsgrund der Jagderlaubnis (z.B. Pächter, Eigentümer)	Lage der Fläche (Bezeichnung der Jagd, Gemeinde, Kreis)	Fläche in ha (anteilig)	Anrechnungszeitraum	
			Beginn	Ende

- Die umseitigen Bestimmungen des § 17 Bundesjagdgesetzes über die Versagung des Jagdscheines sind mir bekannt. Ich erkläre, dass diese Versagungsgründe bei mir nicht vorliegen.
- Ich bin nicht vorbestraft.
- Gegen mich schwebt kein Ermittlungs-Strafverfahren.
- Ich versichere, dass die körperliche Eignung zur Jagdausübung gegeben ist und keine schwerwiegenden Mängel (z.B. Schwerhörigkeit, erhebliche Sehfehler) bestehen, die mich bei der Jagdausübung/Waffenhandhabung beeinträchtigen.

(Ort/Datum)

Unterschrift

Versagung des Jagdscheines

- (1) Der Jagdschein ist zu versagen
 1. Personen, die noch nicht sechzehn Jahre alt sind;
 2. Personen, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie die erforderliche Zuverlässigkeit oder körperliche Eignung nicht besitzen;
 3. Personen, denen der Jagdschein entzogen ist, während der Dauer der Entziehung oder einer Sperre (§§ 18, 41 Abs. 2);
 4. Personen, die keine ausreichende Jagdhaftpflichtversicherung (500.000 € für Personenschäden und 50.000 € für Sachschäden) nachweisen; die Versicherung kann nur bei einem Versicherungsunternehmen mit Sitz in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder mit Niederlassung im Geltungsbereich des Versicherungsaufsichtsgesetzes genommen werden, die Länder können den Abschluss einer Gemeinschaftsversicherung ohne Beteiligungszwang zulassen.
Fehlen die Zuverlässigkeit oder die persönliche Eignung im Sinne der §§ 5 und 6 des Waffengesetzes, darf nur ein Jagdschein nach § 15 Abs. 7 erteilt werden.
- (2) Der Jagdschein kann versagt werden
 1. Personen, die noch nicht achtzehn Jahre alt sind;
 2. Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind;
 3. Personen, die nicht mindestens 3 Jahre ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt ununterbrochen im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben;
 4. Personen, die gegen die Grundsätze des § 1 Abs. 3 schwer oder wiederholt verstoßen haben.
- (3) Die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen Personen nicht, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie
 1. Waffen oder Munition missbräuchlich oder leichtfertig verwenden werden;
 2. mit Waffen oder Munition nicht vorsichtig und sachgemäß umgehen und diese Gegenstände nicht sorgfältig verwahren werden;
 3. Waffen oder Munition an Personen überlassen werden, die zur Ausübung der tatsächlichen Gewalt über diese Gegenstände nicht berechtigt sind.
- (4) Die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen in der Regel Personen nicht, die
 1. a) wegen eines Verbrechens,
b) wegen eines vorsätzlichen Vergehens, des eine der Annahmen im Sinne des Absatzes 3 Nr. 1 bis 3 rechtfertigt,
c) wegen einer fahrlässigen Straftat im Zusammenhang mit dem Umgang mit Waffen, Munition oder Sprengstoff,
d) wegen einer Straftat gegen jagdrechtliche, tierschutzrechtliche oder naturschutzrechtliche Vorschriften, das Waffengesetz, das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen oder das Sprengstoffgesetz, zu einer Freiheitsstrafe, Jugendstrafe, Geldstrafe von mindestens 60 Tagessätzen oder mindestens zweimal zu einer geringeren Geldstrafe rechtskräftig verurteilt worden sind, wenn seit dem Eintritt der Rechtskraft der letzten Verurteilung fünf Jahre nicht verstrichen sind; in die Frist wird die Zeit eingerechnet, die seit der Vollziehbarkeit des Widerrufs oder der Rücknahme eines Jagdscheins oder eines Waffenbesitzverbotes nach § 40 des Waffengesetzes wegen der Tat, die der letzten Verurteilung zugrunde liegt, verstrichen ist; in die Frist nicht eingerechnet wird die Zeit, in welcher der Beteiligte auf behördliche oder richterliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden ist,
 2. wiederholt oder gröblich gegen eine in Nummer 1 Buchstabe d genannte Vorschrift verstoßen haben;
 3. geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind;
 4. trunksüchtig, rauschmittelsüchtig, geisteskrank oder geistesschwach sind.
- (5) Ist ein Verfahren nach Abs. 4 Nr. 1 noch nicht abgeschlossen, so kann die zuständige Behörde die Entscheidung über den Antrag auf Erteilung des Jagdscheines bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens aussetzen. Die Zeit der Aussetzung des Verfahrens ist in die Frist nach Abs. 4 Nr. 1 erster Halbsatz einzurechnen.
- (6) Sind Tatsachen bekannt, die Bedenken gegen die Zuverlässigkeit nach Abs. 4 Nr. 4 oder die körperliche Eignung nach Abs. 1 Nr. 2 begründen, so kann die zuständige Behörde dem Beteiligten die Vorlage eines amts- oder fachärztlichen Zeugnisses über die geistige und körperliche Eignung aufgeben.